

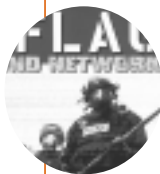
Region



Ausreiseverbote bei Demos: ein Wuppertaler Antifaschist darf nicht mehr frei reisen, weil er die BRD gefährdet

Seite 2

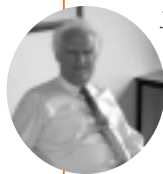
Kultur



Obwohl der Sänger krank im Bett lag: Für das neue Album der Punk-Band ANTI-FLAG waren die Anti-WTO-Proteste in Seattle prägend

Seite 4

Hochschule



Jura-Professor Hans-Dieter Schwind wird emmeritiert. Highlights aus einer unsympathischen Karriere vom Prof zum Innenminister und wieder zurück

Seite 4



Umgestaltung auf Kosten der Stadt Bochum? Sommerputz: Bermudadreieck im neuen Glanz

Abends mit ein paar Freunden ein Bier vom Büchchen zu naschen, das war in der Bochumer Innenstadt in der Vergangenheit nicht immer möglich: Die BetreiberInnen des Bermudadreiecks beanspruchten den Konrad-Adenauer-Platz und die Gegend rund um den Engelbertbrunnen für sich und vertrieben nicht-zahlende BesucherInnen.

Nun hat der Raumplaner Arnold Voss im Auftrag der Gastronomie-Unternehmen im Bermudadreieck und der Industrie- und Handelskammer (IHK) in der letzten Woche ein Gutachten zu dieser Problematik vorgestellt. Voss kommt zu dem Ergebnis, dass es wieder mehr öffentlichen Raum in dem Kneipenviertel geben muss.

Auf den ersten Blick ist das überraschend, war die Entwicklung bis vor kurzem doch

gegenläufig. Das ging so weit, dass auf dem Konrad-Adenauer-Platz selbst der öffentliche Brunnen per Sondernutzungserlaubnis der anliegenden Kneipe übergeben wurde. Doch bei genauerer Betrachtung passt die Forderung nach mehr öffentlichem Raum durchaus in die Pläne der Kneipiers: Die beiden dominierenden Unternehmen des Bermudadreiecks, die Heba von Leo Bauer und die Logos-Gruppe, die zusammen wahrscheinlich mehr als die Hälfte der Kneipen kontrollieren, wünschen sich mehr politische und finanzielle Unterstützung von der Stadt. Es gelang ihnen leicht, die IHK als Partnerin hierfür zu gewinnen. Vereint gelang es ihnen mit etwas geschönten Zahlen (100 Mio. Umsatz, 1.600 Beschäftigte) das Dreieck zum wichtigen Wirtschaftsstandort Bochums zu erklären.

Stadt bezahlt Umgestaltung

Nur Geld und Unterstützung von der Stadt zu fordern,

wäre dennoch zu plump gewesen. Arnold Voss und sein nachweisliches soziales Engagement wurden unter Vertrag genommen, um ein Gutachten zur Entwicklung des Bermudadreiecks zu erstellen.

Das Ergebnis hat sich für die AuftraggeberInnen gelohnt: Besser als sie es je gekonnt hätten, begründet er, warum die Kommune verstärkt soziale Verantwortung für die öffentlichen Plätze im Bermudadreieck und damit auch Kosten übernehmen soll. Ganz konkret möchten sich die BetreiberInnen z.B. die Umgestaltung des Platzes rund um den Engelbertbrunnen von der öffentlichen Hand bezahlen lassen. Der Konrad-Adenauer-Platz am Mandragora soll so geordnet werden, dass ein öffentlicher Randbereich zugestanden wird, aber der eigentliche Platz ausschließlich der Gastronomie vorbehalten bleibt. Spätestens hier wird klar, wer Voss bezahlt hat: Der Brunnen soll Teil der Gastronomie und nicht öffentlich sein.

Der Hintergrund dieser PR-Offensive ist offensichtlich: Die Geschäftsinteressen im Bermudadreieck sind gefährdet. Mit dem Centro in Oberhausen gibt es bereits eine weitere massentaugliche Amüsiermeile im Ruhrgebiet. In Essen und Dortmund laufen die Planungen auf Hochtouren, ähnliche Angebote wie das Bermud-

dreieck zu etablieren. Die Konkurrenz in den Nachbarstädten wird massiv von Politik und Verwaltung gefördert. Das wollen sie auch in Bochum erreichen.

Aber auch in Bochum selbst gibt es Konkurrenz: Nicht nur Schwule und Lesben fühlen sich im rosa Viertel rund um das Orlando wohler.

Imgaschädigende Nazi-Präsenz

Schließlich sind da noch die „Randprobleme“: Am Nordrand wird nicht nur das Image des Dreiecks von der Naziszene in der Brüderstraße beeinträchtigt. BesucherInnen empfinden den Zugang zum Dreieck schlicht und ergreifend als bedrohlich. Gegen diese Entwicklung haben Stadt, Polizei und Kneipenwirte zu lange nichts unternommen. Am Südrand dagegen – am Mandragora – wurde im vergangenen Jahr der Versuch gestartet, nicht angepasste Jugendliche durch eine weitgehende Privatisierung des Platzes und durch Einsatz professioneller Rausschmeißer (Security) zu vertreiben. Dieser Versuch

... Fortsetzung auf Seite 2



Noch ein neuer Studiengang?

Schwere Geburt der Medienwissenschaft

Nach dem Gutachten des Expertenrats im Frühjahr entstand in Bochum die Idee, die Fächer Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Film- und Fernsehwissenschaft sowie Theaterwissenschaft zu einem neuen medienwissenschaftlichen Studiengang zusammenzufassen. Dieser sollte sowohl dem empirisch-sozialwissenschaftlichen Zugang in der Tradition der Publizistik als auch der ästhetisch-kulturwissenschaftlichen Herangehensweise der Film- und Fernsehwissenschaften Rechnung tragen.

Zum Wintersemester wird es keine Medienwissenschaft geben, soviel steht mittlerweile fest. Die Film- und Fernsehwissenschaften sowie die Theaterwissenschaft, sofern sie überhaupt von der Einrichtung einer Medienwissenschaft betroffen wäre, werden in ihrer bisherigen Form weitergeführt und nehmen zum Wintersemester Erstsemester an. Für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft wird sich im Sommer jedoch niemand einschreiben können - in seiner

jetzigen Form läuft das Fach 2007 aus und nimmt daher keine neue Studierenden an. Inzwischen ist durch eine Rechtsverordnung des Ministeriums amtlich geworden, dass die Publizistik trotzdem nicht ersatzlos ausläuft: Konzeptionell erweitert und personell gestärkt soll sie ab 2002 als Kommunikationswissenschaft angeboten werden. Damit treten Düsseldorf und das Rektorat klar für eine inhaltliche Weiterführung des erfolgreichen Studiengangs ein.

Fette Brocken

Obwohl momentan noch fast alles beim Alten bleibt, ist für die Zukunft nach wie vor alles möglich, sofern es gelingt, alle Steine aus dem Weg zu räumen. Ein besonders großer Brocken, den es noch wegzuräumen gilt, ist die Frage der Zulassungsbeschränkung. Neu eingeführte Studiengänge dürfen im ersten Jahr

normalerweise nicht zulassungsbeschränkt sein. So wenig gerecht Zulassungsschranken im Sinne eines gleichen Zugangs zur Bildung für alle sind, so sind sie in diesem Fall von existenzieller Bedeutung. Man muß kein Prophet sein, um zu ahnen was passiert, sollte dieser Studiengang ohne NC eingeführt werden - das Fach würde schlicht überannt. Allein für die Publizistik gab es etwa 1.500 Bewerbungen für die 70 Plätze im vergangenen Jahr, wobei davon auszugehen ist, dass die einzige zulassungsfreie Medienwissenschaft in Deutschland deutlich mehr Interessenten anlocken würde. Den Film- und Fernsehwissenschaften ist dieses Problem schmerzlich aus der eigenen Erfahrung bekannt - da das Fach, damals noch Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft, im ersten Jahr jedem offen stand, schrieben sich derart viele Studierende ein, dass das Institut noch bis weit in die Mitte der Neuzugler einen gewaltigen Studierendenberg vor sich herschob. Ebenso unklar ist noch, wie ein Studiengang Medienwissenschaft, sollte man sich darauf einigen, einen anzubieten, organisiert werden soll: Der Aufbau einer zentralen wis-

... Fortsetzung auf Seite 2

DIN A4 S/W
Kopien ab
7 Pf.
Farbkopien (Topqualität) ab 1,40 Mark
Spiralbindung ab 3,90 Mark
Heftbindung ab 4,90 Mark
Leimbildung ab 6,50 Mark

Verkleinern/Vergrößern ohne Aufpreis!
Bei höheren Mengen Preise nach Vereinbarung

Querenburger Höhe 159-160 • 44801 Bochum
Uni-Center (neben der Post)
Tel. 0234/708500

Öffnungszeiten:
mo-fr 9-20 Uhr
sa 9-16 Uhr

COPY Shop
UNICENTER BO
neben der Post

Freie Wahl – der B.A.-Optionalbereich wird konkret

Nach wie vor ist einer der Hauptkritikpunkte von Studierenden der Ruhr-Uni an den neuen gestuften Studiengängen, die wohl schon zum kommenden Wintersemester eingeführt werden, der unausgereifte Planungsstand beim Optionalbereich. Dieser soll in den ersten sechs Semestern (Bachelor-Phase) ein Viertel des Gesamtstudienumfangs für alle Geistes- und GesellschaftswissenschaftlerInnen ausmachen – womit er gefüllt werden soll, ist hingegen noch weitgehend unklar. Veranstaltungen aus den Bereichen Fremdsprache, Fächerübergreifendes, Rhetorik und Kommunikation, EDV sowie Praktika sollen zum Optionalbereich gehören; drei dieser Bereiche müssen im Laufe des Bachelor-Studiums belegt werden.

Völlig offen ist aber, wer diese Veranstaltungen eigentlich anbieten soll. Es gibt an der Uni praktisch keine kompetenten Lehrkräfte für Rhetorik- oder EDV-Kurse, geschweige denn so viele, dass sie dem Ansturm von ca. 4.000 Erstsemestern gewachsen wären. Gleiches gilt für die Betreuung von Praktika und die Fremdsprachenkurse. Wenn keine Leute da sind, muss man neue einstellen, dafür fehlt aber natürlich das Geld. Die Fakultäten werden die Kosten – unter der Hand kursieren Zahlen von bis zu 1 Mio. Mark pro Jahr – jedenfalls kaum tragen können.

Nun konstituiert sich in den nächsten Wochen endlich ein Gremium, das sich genau mit diesen Fragen befassen wird. Fünf Profs, zwei Studis, zwei MittelbauvertreterInnen und eineR für den Bereich Technik und Verwaltung, jeweils aus den betroffenen Fächern. Wer diese Stellen ausfüllen wird oder wie überhaupt bestimmt wird, wer sie besetzt, steht noch nicht fest. So oder so wird es aber allerhöchste Zeit, dass Licht ins Dunkel des Optionalbereichs kommt, schließlich werden sich schon in weniger als zwei Monaten die ersten Studis für einen B.A.-Studiengang an der RUB einschreiben.

Sommer Sonne Antifa

ist das Motto des Antifaschistischen Jugendcamps, das auf dem Gelände des Jugend- und Kulturzentrums Druckluft in Oberhausen stattfindet. Vom 5. bis 8. Juli könnt ihr an Workshops, Arbeitsgruppen oder Seminaren teilnehmen und Gegenstrategien zu faschistischen Denken und Handeln entwickeln.

Abends wird es Referate und danach – zum Kennenlernen und Entspannen – Parties geben. Am Sonntag wird ein fettes Konzert das Camp ausklingen lassen. Obwohl ein riesiges Angebot auf euch wartet, könnt und sollt ihr eigene Ideen einbringen und mit uns gemeinsam den Camp-Alltag gestalten. In dem Preis von 30 Mark sind Verpflegung und Übernachtung inbegriffen. Kontakt: camp@no-nazis.de; Infos: http://www.antifacamp.de.

Die Naziaufmarsch-saison geht weiter

Nachdem in Arnsberg der Aufmarsch vom Münsteraner Oberverwaltungsgericht verboten worden war, marschierten Christian Worch und sein brauner Mob in Meschede auf. Dort tauchten etwa 130 Nazis, vor allem aus dem Sauerland auf. Ein Bürgerbündnis veranstaltete zeitgleich in einiger Distanz eine Gegenkundgebung.

Als Christian Worch seine Eröffnungsrede halten wollte, wurde diese durch zahlreiche GegendemonstrantInnen und ihr Pfeifkonzert über-tönt. Der Aufmarsch wurde immer wieder von GegendemonstrantInnen begleitet und gestört. Festnahmen gab es anscheinend keine.

Schon am kommenden Samstag gibt es wieder die Möglichkeit, im Ennepe-Ruhr-Kreis gegen Nazis zu demonstrieren: Diesmal will die so genannte „Kameradschaft Ennepetal“ im laut lokalen Antifas traditionell linken Gevelsberg unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ auftreten. Wer gegen sie demonstriert, tönten die Nazis in unannahmlicher Art, sei für Kinderschänder. Ab 12 Uhr starten auf dem Nirgenaplatz eine Gegenkundgebung und weitere Aktionen.

Einschränkung von Grundrechten Freizügigkeit in der EU?

Waren die Ausreiseverbote gegen deutsche Hooligans aufgrund ihrer Randalie während der Fußballweltmeisterschaft 1998 in Frankreich erlassen worden und in der Öffentlichkeit vor allem mit dem Überfall auf den Polizisten Daniel Nivel begründet worden, so lässt sich nach den Ereignissen von Göteborg nun etwas Ähnliches beobachten. Schwedische PolizistInnen begründeten die von ihnen abgegebenen, gezielten Schüsse auf DemonstrantInnen mit einer Notwehrreaktion, behaupteten, Militante hätten einen bereits am Boden liegenden Polizisten gezielt mit Steinen beworfen und die Schüsse wären die einzige Möglichkeit gewesen, dessen Leben zu retten.

Deutsche Medien übernahmen diese Darstellung unkommentiert, obwohl in einem im Fernsehen gezeigten Video-Mitschnitt eindeutig zu sehen war, dass die Schüsse abgegeben wurden, als sich die Menge der DemonstrantInnen gerade zurückzog; von einem in tödliche Bedrängnis geratenen Polizisten war weit und breit nichts zu sehen. Der Aufschrei des Entsetzens war trotzdem groß, allerorten war von den KrawalltouristInnen die Rede, die hoolingangleich, sozusagen marodierend, durch die Lande zögen. So entblödete sich ein Kommentator in den ARD-Tagesthemen, von den Göteborger DemonstrantInnen als „Verbrechern“ zu sprechen, die „in Bussen durch ganz Europa gekarrt“ würden, der neue Berliner Innenminister äußerte die Überlegung, potenzielle militante DemonstrantInnen bereits vor der Abreise zu Aktionen in Unterbindungshaft zu nehmen. Seinen Äußerungen zufolge plant die ständige Konferenz der Innenminister bereits, eine entsprechende Initiative zu verabschieden.



Salzburg

der neunziger Jahre wurden zudem die ersten Ausreiseverbote gegen Hooligans erlassen, jeweils auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt.

In der Realität nimmt man schon vorweg, was Bundesinnenminister Otto Schily Anfang Juni diesen Jahres gefordert hatte: Die Ausdehnung der Reiseverbote auf die politische Linke.

Im Vorfeld der Proteste gegen den EU-Gipfel in Göteborg wurde zahlreichen Deutschen die Einreise nach Schweden verweigert, bzw. sie wurden direkt bei ihrer Ankunft verhaftet. Grundlage dafür bildete eine Sperrliste, welche die deutsche Polizei erstellt hatte, sowie die Informationen aus dem Schengen-Informationssystem, die polizeiliche Vermerke über Anzeigen, laufende und eingestellte sowie freigesprochene Verfahren plus Verurteilungen wegen Landfriedensbruch, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Beamteneinverleumdung, Körperverletzung u.ä. enthielten.

Im Vorfeld des World Economic Forum (WEF) in Salzburg begannen die Strafverfolgungsbehörden nun damit, vermeintlichen linken GegenaktivistInnen bereits vor der Anreise die Ausreise zu verweigern, bzw. diese an der Grenze in „Unterbindungsgewahrsam“ zu nehmen. Kaum bekannt ist, dass es in den verschiedensten Bundesländern rechtliche Grundlagen für diese massive Einschränkung der persönlichen Grundrechte gibt, teilweise können Menschen aus bloßem Verdachtsmoment heraus für bis zu zwei Wochen in Haft genommen werden.

Auch in NRW ist dies festzustellen: So bekam am 30. Juni ein Wuppertaler Antifaschist schriftlich Ausreiseverbot erteilt. Nachdem er in der Woche zuvor schon Besuch vom polizeilichen Staatsschutz bekommen hatte, teilte ihm die Meldebehörde der Stadt Wuppertal mit, Personalausweis und Reisepass würden für die Zeit vom 29. Juni bis zum 3. Juli 2001 gesperrt. Als Begründung führte die Behörde ein Schreiben des Polizeipräsidenten an, demzufolge der Betroffene in der Vergangenheit eine erhebliche Gewaltbereitschaft gegen Sachen und Personen gezeigt habe und dass eine solche von ihm auch während der Proteste gegen das World Economic

Forums (WEF) in Salzburg zu erwarten sei. Die innere bzw. äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland werde durch die Ausreise des Antifaschisten gefährdet.

Dass dieser Vorgang keinen Einzelfall darstellt, zeigen ähnliche Fälle in München. Dort sind mittlerweile vier Menschen für die Dauer des WEF mit einem Ausreiseverbot belegt worden. Zwei der Betroffenen waren von der Polizei nicht zu Hause angetroffen worden, mit dem Ergebnis, dass sie polizeilich zur Suche ausgeschrieben worden sind – ohne sich im geringsten strafbar gemacht zu haben. Ein Verstoß gegen das Ausreiseverbot selbst stellt nicht etwa eine Ordnungswidrigkeit, sondern eine Straftat dar, die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe geahndet wird. Auch der bloße Versuch eines Verstoßes ist strafbar; wie leicht jemand in diesen Verdacht geraten kann, ist wohl offensichtlich, liegt die Entscheidung hierüber doch in den Händen der Melde- bzw. der Strafverfolgungsbehörden. Bleibt die Frage, was denn ausreicht, um als Versuch eines Verstoßes gegen das Ausreiseverbot gewertet zu werden. Der Besitz eines Zugtickets ins Ausland, ein Telefonat mit Bekannten im Ausland?

Landfriedensbruch

Während bei dem Wuppertaler Antifaschisten angebliche Gewalttätigkeiten in der Vergangenheit als Kriterium angeführt wurden, sind die in München Betroffenen Opfer der Datei „Landfriedensbruch“ geworden, welche das Bundeskriminalamt (BKA) nach den Protesten in Davos und Göteborg angelegt hat. Das bayrische Innenministerium bestätigte weiterhin, dass die ursprünglich im Kampf gegen organisierte Hooligans entstandene Zwangsmaßnahme des Ausreiseverbots in diesem Falle erstmals in Bayern auf so genannte militante StörerInnen politischer Großereignisse angewandt wurde.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Beispiele Schule machen. Abzusehen ist, dass dies nicht der letzte Schritt in einer Entwicklung bleibt, in der elementare Grundrechte immer weiter ausgehöhlt bzw. außer Kraft gesetzt werden. Zeit, dieses in einer breiten Öffentlichkeit zu thematisieren.

jas

... fortgesetzt von Seite 1

Neue Medienwissenschaften

wissenschaftlichen Einrichtung, der im Frühjahr diskutiert wurde, scheint vom Tisch zu sein. Aber ob die Stellen in den jeweiligen Fakultäten verbleiben oder ob man gemeinsam eine neue Fakultät gründet steht noch in den Sternen.

Kommunikation

Zumindest deutet sich an, dass die einzurichtende Kommunikationswissenschaft aus der Fakultät III (Philosophie, Pädagogik und Publizistik) in eine andere wechseln wird, da der Fakultätsrat dort den neuen Studiengang nicht unterstützen wollte.

Aus Sicht der Studierenden kann man sich eigentlich nur wünschen, dass die beteiligten Fächer sich auf ein gemeinsames Konzept einigen können. Der große Anteil der Studierenden, die heute schon Publizistik und Film- und Fernsehwissenschaften studieren, zeigt, dass ein Interesse daran besteht, sich dem Gegenstand Medien aus verschiedenen Perspektiven zu nähern.

mac

Eine Informationsveranstaltung von Prof. Stuke zur Zukunft der Publizistik findet am Donnerstag, den 5. Juli, um 17 Uhr in GA 1/153 statt.

... fortgesetzt von Seite 1

Bermudadreieck

scheiterte, da eine Reihe von angekündigten Demonstrationen heftigen Protest versprach.

Diese Ankündigungen von Demos gegen die Privatisierung des Konrad-Adenauer-Platzes und die dort praktizierte Vertreibung von unangepassten Jugendlichen hatte bei den ökonomisch und politisch Verantwortlichen für Verunsicherung gesorgt. Die Szene hatte erkannt, dass sie ein gewisses Machtmittel besitzt, wenn sie damit droht, dem Image des Wirtschaftsstandortes Bermudadreieck durch massive öffentliche Proteste zu schaden. Der neue Rechtsdezernent der Stadt, Knirsch, lud zu einem runden Tisch, um den Konflikt zu befrieden. Er hatte Erfolg: Die Geschäftsführung des Mandragora sicherte zu, dass auch die nicht zahlenden Gäste auf dem Platz geduldet werden. Punks mit ihren Bierdosen konnten sich drei, vier Tische am Rand des Platzes sichern, ohne dass sie vertrieben wurden. Die meisten Demonstrationen wurden abgesagt.

Runder Tisch erfolglos, muss aber weiterverfolgt werden

Stadt und Kneipenbesitzer räumten in der Zwischenzeit ein, dass es ein Nazi-Problem in der Brüderstraße gibt und entwickelten einige Aktivitäten. Etliche Ideen wurden entwickelt, wie der Ballermannisierung des Dreiecks entgegen-gewirkt werden kann und das Dreieck wieder zu einem kulturell bunten Viertel werden könnte, das für Nazis unattraktiv ist.

Letztendlich musste der Runde Tisch aber erkennen, dass einvernehmliche Lösungen in Bochum kaum denkbar sind, solange der Oberbürgermeister Stüber gleichzeitig auf Konfrontationskurs setzt. Eine Erfolg versprechende Zusammensetzung des Runden Tisches scheiterte schon daran, dass der OB sich weigerte,

dem Wunsch der teilnehmenden Gruppen zu entsprechen und die Strafanzeigen gegen die BesetzerInnen des Antirassistischen Zentrums zurückzuziehen. Statt dessen musste sich die erste Runde damit beschäftigen, dass die Stadt den BesetzerInnen nun auch noch eine völlig unhaltbare Schadensersatzforderung in Höhe von 7.200 DM in Rechnung stellte. Selbst den VertreterInnen der Stadtverwaltung am Runden Tisch war dies peinlich.

Der kurzfristige Dialog zwischen recht unterschiedlichen Interessen in dieser Stadt hat angedeutet, wie vernunftgeleitete

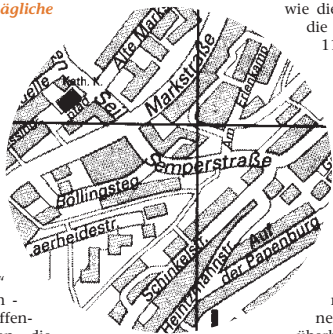
Problemen in gegenseitigem Interesse möglich sind. In der Pause bis zur nächsten Runde sollten sich die Beteiligten nicht ausruhen, da es zu härteren Auseinandersetzungen und einem Feststellen der Kräfteverhältnisse kommen wird. Stüber will diese Konfrontation: Er wird sie kriegen.

Paul Merker

Der größte Lump im ganzen Land ...

Das ist und bleibt der Denunziant. In der vergangenen Woche fanden sich am Schwarzen Brett des Studentenwohnheims Markstraße 118, dem so genannten Papageienhaus, unsäglich Pamphlete.

Als erstes tauchte ein primitiver Aushang im DIN A4-Format auf, in welchem, überschrieben mit „Sehr geehrte Verwaltung:“, die AutorInnen über angebliche „schwarze“ UntermieterInnen - gemeint sind offensichtlich Personen, die ohne einen eigenen Mietvertrag z.B. zu zweit ein Zimmer bewohnen - herziehen. „Das bedeutet, in einer Etage leben so viele wie 12-14 Leute. Sonst haben sie auch Konflikt mit richtigen Bewohnern“, heißt es da. An die Verwaltung adressiert, endet das Pamphlet mit der Forderung „Wir bitten Ihnen so



schnell wie möglich, diese Probleme beizulegen.“

Stellt sich die Frage wer so einen Scheiß verzapft. Denn dass dies im Sinne aller BewohnerInnen des Wohnheims geschieht, wie die Formulierung „Wir sind die Bewohner in Gebäude 118/118A.“ nahelegt, darf an dieser Stelle mehr als bezweifelt werden. Klar ist hingegen die Absicht, welche hinter der Aktion steckt. Völlig unabhängig davon, ob denn nun zusätzlich zu den „regulären“ MieterInnen noch andere Menschen im Papageienhaus wohnen, sollen anscheinend bestimmte missliebige MitbewohnerInnen rausgeekelt werden. Und überhaupt: Wenn Studis sich ein Zimmer teilen, sei es weil sie Bock darauf haben oder auch schlicht und ergreifend weil sie sich alleine nicht leisten können, so zeugt das öffentliche „ankreiden“ dieser lediglich von der kleinbürgerlichen Einstellung der Denunzianten. Denn was sonst stellt es, dar, wenn diese von sich als den „richtigen“ BewohnerInnen sprechen?

Mensch sollte nun meinen, das die Verwaltung des Studiwohnheims, das im Übrigen von einem Verein getragen wird, derart plumpen Aussagen keinerlei Aussagekraft beimisst, doch weit gefehlt! Sie war sich nicht zu dämlich, unter der peinlichen Anrede „Sehr geehrter anonymen Briefeschreiber“ den AushangschreiberInnen in einem eigenen Flugblatt zu antworten.

Geradezu begeistert scheint man in der Verwaltung von dem Aushang gewesen zu sein! Während im ersten Pamphlet noch brav von „schwarzen“ Untermietern gesprochen, legen die Verantwortlichen in der Verwaltung noch eine Schippe drauf. Von „illegalen Bewohnern“ ist da die Rede, dies brauche man „ja wohl nicht extra zu betonen.“ Und die darf es natürlich nicht geben, in einem ordentlichen deutschen Wohnheim. Weshalb man alle MieterInnen ermutigt, doch konkrete Personen zu denunzieren, schließlich könne man „erst dann einschreiten, wenn Sie uns konkrete Zimmernummern nennen, in denen mehrere Personen wohnen.“ Selbstverständlich, so die Verwaltung, „bekommen sie selber dadurch keinerlei Schwierigkeiten.“ Selbstverständlich. Bleibt nur noch offen, wann man im Papageienhaus dazu übergeht, Prämien fürs Denunzieren auszuloben. Zu hoffen ist, dass sich die BewohnerInnen von den vereinigten Spießern aus einzelnen MieterInnen und Verwaltungsmenschen nicht spalten lassen.

jas

Mehr Musik von Manu Chao Esperando la ultima ola

Im vergangenen Jahr gelang Manu Chao mit „Bongo Bong/Je ne t'aime plus“ in Deutschland ein kleiner Sommerhit – mit zwei Jahren Verspätung, denn in spanischsprachigen Ländern tanzte man schon 1998 zu den Liedern seines Solo-Debüts „Clandestino“. Seit ein paar Tagen steht das Nachfolgealbum „proxima estación esperanza“ (auf Deutsch soviel wie „nächster Halt: Hoffnung“) in den Läden.

„I'm the king of bongo, baby, I'm the king of bongo bong“ – legt man Textzeilen wie diese zugrunde und kennt nur den einen Hit, könnte man durchaus versucht sein, Manu Chao für einen weiteren weichgespülten Latinopop-Barden zu halten. Man täte diesem vielseitigen und explizit politischen Künstler damit unrecht. Manu Chao pflegt keinen Stil, der sich einfach in Worte fassen ließe: Die Musik pendelt zwischen akustischer Gitarrenmusik und Reggae hin und her, zitiert mal frech karibische Rhythmen und bedient sich ein anderes Mal bei Swing oder Salsa. In seinen Texten wechseln sich Spanisch, Französisch und Englisch munter miteinander ab.

Weichspüler?

Angereichert wird diese Mischung durch Klangschneppsel aus dem Radio, Samples anderer Künstler und Anleihen bei den eigenen Werken. So irritieren Songfragmente wie der Refrain des Liedes „La primavera“ über die ganze Platte hinweg das Ohr oder der Rhythmus von „Bongo Bong“ klingt erneut an. Alle Lieder gehen nahtlos ineinander

über, erst allmählich entwickelt sich ein neues Stück – die Einteilung der Lieder auf der CD ist daher bloß als Vorschlag anzusehen, dem zu folgen ohne Hülle schwer fällt. Trotz dieser großen Vielfalt wirkt die Musik jedoch nie beliebig.

Die Entstehung dieser eigenwilligen Stilrichtung ist eng mit dem Leben von José Manuel Chao, besser bekannt als Manu, verknüpft. Seine Eltern verließen Spanien während der klerikalfaschistischen Franco-Diktatur, die bis in die Siebziger hinein andauerte, und gingen nach Frankreich ins Exil. In den Banlieus von Paris wuchs er mit algerischen, marokkanischen und senegalesischen Immigranten auf. Als Manu dann 1987 mit einigen Freunden die Gruppe *Mano Negra* („schwarze Hand“) gründete, wurde bereits französisch, spanisch, englisch sowie vereinzelt auf arabisch gesungen und ihr Stil war so vielfältig, daß er in Ermangelung passender Kategorien unter Ethno-Punk gefaßt wurde.

Casa Babylon

Ende 1993 machte sich die Band zusammen mit einigen Freunden per Zug auf den Weg von

Kolumbien nach Mexiko. Auf der Reise gab es zahlreiche Konflikte mit lokalen Guerillagruppen sowie innerhalb der Gruppe - nach der Reise hatte sich zum einen die Besetzung von *Mano Negra* deutlich geändert, zum anderen waren enge Kontakte zu den indigenen Befreiungsbewegungen entstanden. Das letzte *Mano Negra*-Album von 1994, passenderweise „Casa Babylon“ betitelt, erinnerte kaum noch an die Wurzeln im Punk. Die Musik bekam einen starken lateinamerikanischen Einschlag und die Texte konzentrierten sich zunehmend auf den Kampf der indigener Gruppen wie der EZLN in Chiapas (Mexiko). Im Folgejahr übersiedelten die Überreste von *Mano Negra* nach Spanien, wo sie sich bald auflösten.

Weltmusik

Seither musiziert Manu Chao solo und reist weiter durch die Welt, zuletzt von Brasilien aus über den Senegal nach Mali, und arbeitet hier und dort mit wechselnden Musikern zusammen – darunter z.B. *Fermin Muguruza*, *Jello Biafra* und die baskische Punkband *Negu Gorriak*. Die mit „Casa Babylon“ begonnene Entwicklung wird dabei auf dem neuen Album konsequent weitergeführt – hin zu einer Musik, die im besten Sinne des Wortes Weltmusik ist.

mac



Manu Chao „proxima estación esperanza“ (Virgin France). Im Internet unter <http://www.manuchao.net>



Mittwoch, 4. Juli

Summerjam 2001

Die legendäre Fachschaftsrats-Party Elektrotechnik mit der Live Reggaeband *Black Ash* und Cocktaillbar; Eintritt frei
ab 20 Uhr, vorm HIC, Ruhr-Uni

Donnerstag, 5. Juli

Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr

19.30 Uhr, Kolpinghaus, Maximilian-Kolbe-Str. 14

Freunde

Film (2000, 100 Min.) von Martin Eigler. Der letzte Beitrag in der gleichnamigen Filmreihe
18.00 und 20.00 Uhr, SKF, Ruhr-Uni, HZO 20

Freitag, 6. Juli

Antifa-Konzert & Party

Veranstalter: Antifa KOK, mit den wunderbaren Bands: Sevenkind, Pink Plush Syndicate, M.i.n.c.e. (Eintritt: 9 Mark)
19.00 Uhr, Haus Spilles, Düsseldorf

Samstag, 7. Juli

Antifaschistischer Info- und Kulturtag: „Zusammen gegen Rassismus und Faschismus kämpfen!“

Es gibt viele Möglichkeiten gegen Rassismus und Faschismus zu kämpfen. Wichtig dabei ist, die „Öffentlichkeit“ über das Ausmaß der Verbreitung der menschenverachtenden rechten Ideologie zu informieren. Es ist nicht nur eine verschwindend kleine Minderheit, die ein rassistisches Weltbild pflegt, und es sind nicht nur vereinzelt A u s n a h m e f ä l l e, in denen dieses Weltbild in Form von Gewalt auf die Straße getragen wird. Mit dem von uns veranstalteten „Antifaschistischen Info- und Kulturtag“ wollen wir einen Beitrag dazu leisten.



Eingeladen ist Christian Dornbusch, ein Mitarbeiter des „AutorInnenkollektivs Ästhetische Mobilmachung“. Damit ist ein kompetenter Referent gefunden worden, der über das Thema „Rechtsrock“ informieren wird. Als weiteres Informationsangebot gibt es mehrere Infostände, die Bücher und andere Infomaterialien, zum breiten Themenfeld „Antifaschismus“ anbieten, und mehrere (Kurz-)Filme.

Der zweite Teil des Aktionstages besteht aus dem Auftritt von drei Bands, die den Tag locker ausklingen lassen. Es handelt sich um „Hammerhai“ aus Hannover, die eine eigene Variante von Ska spielen. „AlphaBoySchool“ aus Bochum, die ebenfalls Ska zum Besten geben. Und schließlich um „Schrottboykott“ aus Bochum, die deutschsprachigen Hip-Hop auf die Bühne bringen. All dies wird zu einem erschwinglichen Eintrittspreis von 5,- DM angeboten. Zusätzlich gibt es noch Getränke und veganes (= tierproduktfreies) Essen, ebenfalls zu günstigen Preisen.

ab 16.00 Uhr, Heinz-Westphal Haus (Dorsterstr. 262), Herne

Aktionen gegen den geplanten Nazi-aufmarsch!
ab 10 Uhr, Nirgenaplatz, Gevelsberg

Sonntag, 8. Juli

2. Demo-Vorbereitungstreffen gegen den Abschiebeknast Büren

14.00 Uhr Bahnhof Langendreer, Bochum

Dienstag, 10. Juli

Das Experiment

Film (2001, 120 Min.) mit Moritz Bleibtreu, von Oliver Hirschbiegel
18.00 und 21.00 Uhr, SKF, Ruhr-Uni, HZO 20

Dokumentation
Das Wissen von heute für den Zugriff auf morgen

Benutzen Sie die Technologie des Internet zur Verwaltung Ihrer Dokumente.

Dies ermöglicht eine volle Integration aller Dateiformate auf einer Oberfläche. Organisieren Sie Ihr Unternehmen mit moderner Kommunikationstechnik.

Internet? So geht das.

Kommunikation
www.pronetics.de

PRONETICS
Kommunikationsfabrik

Kontakt: Telefon: 0231-557203-0 Fax: 0231-557203-27 eMail: info@pronetics.de

Dokumentenmanagement Referenzprojekt
www.cd-shop.de CD, DVD und Videos online bestellen!

transport-broker e-logic
www.transport-broker.de

Der Mann, der die Unsymp-Kolumne über Jahrzehnte begleitet hat, geht von uns: Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind wird nach diesem Semester emeritiert, die entsprechende Feier findet an diesem Mittwoch statt. Stolz 22 Jahre ist es her, dass Schwind unsere begehrte Trophäe für besonders lästige, reaktiönäre und unangenehm auffallende Zeitgenossen zum ersten Mal einheimste; der Schmähartikel von Ludger Volmer vom 9. März 1979 machte ihn sozusagen zum "Gründungsvater" dieser beliebten Kolumne.

Damals war der nun nur noch wenige Wochen amtierende Professor für Kriminologie, Strafvollzug und Kriminalpolitik an der Juristischen Fakultät der RUB Justizminister von Niedersachsen (CDU, 1978-1982), wo es seinerzeit jede Menge zu tun gab. Das berühmte "Celler Loch" liefert davon ein eindrucksvolles Zeugnis. Am 25. Juli 1978 nachts fingierte der niedersächsische Verfassungsschutz einen Bombenanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle und sprengte unter "Amtshilfe" der Antiterrorreinheit der GSG 9 ein Loch in die Gefängnisaußenmauer, um den Befreiungsversuch eines später nach einem Hungerstreik verstorbenen Häftlings vorzutauschen und so zu ermöglichen, zwei V-Leute des Verfassungsschutzes in die Terrormenszene (RAF-Umfeld) einzuschleusen.

Getreu dem Motto "vielleicht hätten sie jemanden fragen sollen, der sich damit auskennt," mutmaßt heute so mancher Zeitgenosse, mit direkter Hilfe Professor Schwinds hätte die Aktion vielleicht doch ein Erfolg werden können - immerhin ist er nach eigenen Aussagen Spezialist auf dem Gebiet der "Entlassenenhilfe". Der Unsymp 1979 bezog sich denn auch genau auf dieses Steckenpferd des Ministers: Frisch berufen, erreichte ihn das Gnadengesuch eines straffällig Gewordenen mit der Bitte um Hafturlaub, um den gerade gefundenen Job nicht zu verlieren. Unser frischgebackener Justizminister und Spezialist in Sachen Resozialisierung lehnte das Gnadengesuch kurz, bündig und kommentarlos ab (vgl. BSZ Nr. 192).

Den nächsten Unsymp hagelte es vor vier Jahren anlässlich Schwinds Auftritt als Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss vor dem Hamburger Senat. Es ging um damalige Gewaltexzesse und rassistische Ausfälle innerhalb der Hamburger Polizei. Schwind schlug vor, eine Verbesserung der Lobeskultur für PolizistInnen vorzunehmen und forderte die Aufhebung des Legalitätsprinzips der Polizei, also die Bindung an Recht und Gesetz für Polizeieinsatzkräfte. Das größte Highlight seines Beitrages vor dem Hamburger Senat jedoch bestand in Aussage, Drogen dealende 12- bis 15-jährige Kinder aus Kurdistan und Schwarzafrika (!) "müsse man internieren" (Duden: „die Angehörigen feindlicher Staaten nach Kriegsausbruch im Aufenthaltsstaat in Internierungslagern in Gewahrsam nehmen“).

Auch sonst hat Schwind wenig Berührungängste: So zitiert er in seinen Veröffentlichungen Leute wie Hans Jürgen Eysenck, führender Vertreter der „rassentheoretischen Psychologie“, Verfechter der These, menschliches Verhalten und Intelligenz seien maßgeblich durch Vererbung und Rasse (!) bestimmt, und regelmäßiger Autor für die rechtsextreme Deutsche National-Zeitung. Seine Hardliner-Positionen hat sich Schwind übrigens nicht erst an der Uni oder in der Politik erarbeiten müssen, sie wurden ihm sozusagen in die Wiege gelegt. Schon sein Vater, Martin Schwind, war Professor, und zwar für Geografie, Fachgebiet Ostasien; er veröffentlichte 1940 eine Schrift, in der er nachzuweisen sucht, dass Japan - wie Deutschland - ein Volk ohne Raum sei und somit die japanische Aggression in Ostasien gerechtfertigt. Auf diesem Fundament konnte der Sohnmemann wohl füglig bauen ...

bsz - Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum - der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 0/081, 44780 Bochum

Fon: 0234/32-26900; Fax: 0234/32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz



Im Gespräch mit den Politpunks ANTI-FLAG

Underground Network

Mit „Underground Network“ haben ANTI-FLAG eine der motivierendsten politischen Platten der letzten Jahre hingelegt, die sich nicht nur in Titel und Artwork auf die 99er Proteste gegen die World Trade Organization (WTO) in Seattle bezieht. Grund genug für ein kurzes Telefoninterview nach Amerika mit dem Sänger Justin Sane ...

Euer neues Album „Underground Network“ ist eine der motivierendsten politischen Platten der letzten Jahre. Lass uns deshalb zuerst von all den politischen Themen sprechen, die Ihr auf der Platte behandelt. Meine erste Frage ist somit: Wart Ihr bei den Anti-WTO-Protesten in Seattle dabei?

Unglücklicherweise lag ich während Seattle im Krankenhaus und konnte nicht dabei sein.

Seattle war allerdings ein großer Einfluss auf die Platte. Es war sehr gut organisiert und das lag meiner Meinung nach daran, dass es eine Menge alternativer Kommunikation und eben jenes Underground Network gab. Eine Menge ehrbarer Gruppen nahmen am Protest teil. Die amerikanischen Mainstream-Medien versuchten es so aussehen zu lassen, als handle es sich nur um ein paar versprengte Gruppen von Anarchos, die anderer Leute Besitz zerstören wollten. Die wahre Geschichte, die Du findest, wenn Du Dir alternative Medien anguckst, ist die, dass da eine Menge respektable Gruppen und Leute waren, die sich wirklich um Globalisierung Gedanken machen und darüber, wie Konzerne Ihr Leben bestimmen, Ihre Regierungen beeinflussen oder die Umwelt zerstören. Mit unserer Platte versuchen wir den Leuten Quellen zu geben, wo sie alternative Medien und die andere Seite der Geschichte finden können; nicht die der Massenmedien. Um zu verstehen, was in Seattle passiert ist und warum Menschen gegen die Weltbank oder den Internationalen Währungsfond protestieren.

Ich habe durch Eure Platte auch ein paar Dinge erfahren, die ich noch nicht wusste. So etwa die Sache mit Puerto Rico. Könntest Du das mal erläutern?

Puerto Rico ist ein Protektorat der USA. Die USA übernahmen das Land ursprünglich in den 40er Jahren und man kann sagen, dass sich das Land damit abfinden muss, eine amerikanische Kolonie zu sein.

Die Puerto Ricaner haben allerdings nicht die gleichen Rechte wie wir. Auch wenn unsere Regierung über ihr Leben bestimmt, können sie nicht an den Wahlen teilnehmen. Unsere Regierung benutzt eine puertoricanische Insel namens Vieques als militärisches Testgelände. Das ist eine immense Beeinträchtigung für die Bevölker-

ung der Insel, weil sie dort Luftwaffen- und Bombentests machen. Eine Riesengefahr für die Gesundheit der Menschen dort. Die Krebsrate ist sehr hoch und es gibt nur sehr spärliche medizinische Einrichtungen. Das ist halt so ein Thema, über das wir auf der Platte geschrieben haben.

Genauso wie über den „Plan Colombia“.

Ja, das ist wieder so eine Geschichte. Sie behaupten, dass sie diesen Drogenkrieg führen. In Wirklichkeit aber geht es um die großen, multi-nationalen Konzerne, die Kolumbien als Goldmine sehen. Das Land ist noch nicht sehr entwickelt, aber es ist reich und es finden sich dort eine Menge Rohstoffe. Die amerikanische Regierung will sichergehen, dass sie dort eine Regierung haben, die sie als Marionette benutzen können und die hauptsächlich zum Vorteil der Konzerne arbeitet. Sie pumpen Milliarden unserer Steuergelder nach Kolumbien und behaupten, damit würde die illegale Einfuhr von Drogen nach Amerika verhindert.

In Wahrheit wird das Geld aber benutzt, um jeglichen Widerstand gegen die konzernfreundliche Regierung in Kolumbien zu bekämpfen und niederzuschlagen.

Da wir nur zwanzig Minuten haben, muss ich jetzt mal zur Musik kommen. Ich denke, Eure Musik ist eine gelungene Mischung aus 77er-Punk und modernem, catchy Pop-punk. Wie ist Eure Beziehung zu diesem modernen Poppunk? Ihr seid ja immerhin auf Fat Wreck. Moderner Punkrock ist ein großes Geschäft geworden und ist manchmal nicht mehr als ein Soundtrack für Fun- oder Extremsportarten. Du weißt, was ich meine, eine Ware, die sich perfekt verkaufen lässt. Und nun kommt Ihr und bringt die Politik zurück. Was für ein Verhältnis habt Ihr zu Fat Wreck, zu den Bands auf Fat Wreck, zu dieser „Szene“, zu den Kids, zu dieser doch recht unpolitisch scheinenden Szene, in denen Bands wie Ihr die Ausnahme bilden?

Mein Gefühl ist, dass eine Menge amerikanischer Kids sich um diese Dinge Gedanken machen und eine gute, positive Veränderung in der Welt wollen. Es scheint aber so, dass sie nicht wissen, wo sie damit anfangen sollen. Sie haben kaum Orientierung. Es gibt nicht viel in unserer Kultur, das Anhaltspunkte dafür schafft, eine Veränderung zu versuchen. Insofern denke ich, dass es für uns einen Platz in der Musikszene gibt. Genau aus diesem Grund versuchen wir ja, aus dieser kleinen Politpunk-szene herauszuwachsen und mehr Leute zu erreichen. So haben wir etwa in Amerika die Warped Tour unter dem Aspekt gemacht, vor einem Publikum zu spielen, das nicht allzu häufig mit einer Musik

wie unserer in Kontakt kommt. Oder besser: Das nicht so häufig mit einer Message wie unserer in Kontakt kommt. Wir gehen da rauf, spielen und zwischen den Songs erzählen wir hier und da, worum es in den Songs geht. Wir bekommen da durchaus positives Feedback. Kids kommen zu uns und sagen: „Hey, ich habe noch nie von den Themen gehört und ich habe darüber nachgedacht und bin interessiert, mehr zu erfahren. Wo kann ich da was finden?“ Ich denke, dass es in diesem Musikgenre einen Platz für uns gibt.

Du glaubst also nicht an die traditionelle Theorie, dich ich jetzt mal Antipop nenne, dass man nicht nur in der Message, sondern auch in der Ästhetik der Musik revolutionär sein sollte? Wie das etwa Bands wie Crass gemacht haben, die den Leuten vor den Kopf stoßen und sie mit unmelodischer, verweigernder Musik schocken wollten? Du glaubst nicht an diese Taktik?

Ich denke, das ist eine großartige Idee. Es gibt einen Platz dafür, weil es Deine Aufmerksamkeit weckt. Ich denke, wir machen das auf andere Art, nämlich mit unserem Namen Anti-Flag. Amerika ist ein sehr faschistisches Land und die Leute reagieren auf unseren Namen automatisch sehr negativ. Die meisten Amerikaner sind sehr nationalistisch und sobald Du Ihren Nationalismus angreifst, bist Du sofort in der Schusslinie. Deswegen haben wir diesen Namen gewählt. Um auf die Geistlosigkeit von Nationalismus aufmerksam zu machen und die Leute darüber nachdenken zu lassen. Was das Musikalische angeht, ist es wirklich eine großartige Taktik, eine radikale Ästhetik zu haben, aber was uns angeht und warum wir das nicht machen, ist die Antwort ganz einfach: Wir lieben es einfach, die Musik zu spielen, die wir spielen, und genießen es vollkommen.

Viele Stimmen sehen Fat Wreck oder Epitaph allerdings als großes Business an, weil ein Großteil des Profits ja durch aufwendiges Merchandising gemacht wird und es richtige Public Relation gibt.

Ich kann das Argument durchaus verstehen, aber ich habe kein so großes Problem damit, weil es hier wirklich verantwortungsbewusst und fair gemacht wird und diese Leute wirklich gute Menschen sind. Fat Mike ist niemand, der jemanden über den Tisch ziehen würde, um seine Shirts in die Läden zu kriegen. Ich denke nicht, dass Leute in einem großen Major-Industrie-Label so ein Klima haben. Aber ich verstehe das Argument.

Interview: Oliver Uschmann (Open End Fanzine)

